

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 181 (2015)

Heft: 11

Artikel: Europas Konfrontation mit Migration

Autor: Tardy, Thierry

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-583249>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Europas Konfrontation mit Migrationen

Das Projekt Europäische Integration wurde 2015 arg gebeutelt. Zuerst kam die Schuldenkrise Griechenlands, die an den Fundamenten des monetären Europas und des Euros gerüttelt und diese in Frage gestellt hat, und schlussendlich die Migranten und Flüchtlinge, die eine noch nie dagewesene politische und gesellschaftliche Herausforderung für die EU, für ihre Mitgliedstaaten und für ihre Bürger darstellen.

Thierry Tardy

Während den ersten sieben Monaten des Jahres 2015 sind 340 000 Menschen in einen Mitgliedstaat der EU eingereist (gegenüber 280 000 im ganzen Jahr 2014), davon allein im Juli mehr als 100 000. Diese Migranten stammen hauptsächlich aus Syrien, Afghanistan und Eritrea. Weitere Migranten mit Ziel Europa kommen aus dem Irak, aus Nigeria, Pakistan und Somalia. Mehr als 2000 Menschen haben während diesen ersten sieben Monaten auf der Überfahrt über das Mittelmeer den Tod gefunden.

Die Grenzen von Schengen und Dublin

Dieser Zufluss hat die Grenzen des europäischen Systems der Eingangskontrollen und des Reiseverkehrs gemäss der Abkommen von Schengen und Dublin aufgezeigt. Er hat die europäische Kohäsion und Solidarität stark beeinträchtigt, sowohl den Migranten wie auch den meist betroffenen Staaten gegenüber. Die Krise hat auch zu Aussagen und Haltungen geführt, die im Widerspruch stehen mit den Werten, auf denen das Nachkriegseuropa aufgebaut wurde.

Die europäischen Staaten sind zur Frage der Aufnahme der Flüchtlinge und generell zur Lösung der Krise gespalten. Das Bild des toten kleinen Aylan Kurdi an einem türkischen Strand hat uns gerührt und an das Gewissen appelliert, ohne jedoch zu klaren Antworten zu führen. In einer ersten Phase hat Deutschland seine Grenzen weit geöffnet, mit der Bereitschaft, im Jahr 2015 bis zu 800 000 Migranten aufzunehmen.

Deutschland hat damit eine Einzelstellung eingenommen, um danach auch die Kontrollen an der eigenen Grenze wieder einzuführen und die Vorschriften von Schengen und Dublin auszusetzen (das Abkommen von Dublin schreibt vor, dass ein Asylbewerber sein Asylgesuch nur im ersten Zutrittsland in den Schengenraum einreichen kann), wohl auch mit dem Ziel, die Nachbarstaaten dazu zu bewegen, einen Teil der Bürde zu übernehmen. Andere

Migrantenboot auf dem Mittelmeer.

Bild: democraticunion.eu



Staaten, insbesondere in Osteuropa, haben die entgegengesetzte Politik eingenommen und jegliche Asylbewerbung auf ihrem Territorium verhindert und da-



Der kleine Aylan Kurdi, am 02.09.2015 tot aufgefunden an einem türkischen Strand, hat die Emotionen hochgehen lassen. Bild: n-tv

bei zuerst auch die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Umsiedlung von Migranten abgelehnt, um sich später doch dazu zu bekennen.

Europa und seine Unfähigkeit, Krisen und ihre Konsequenzen zu lösen, sind Gegenstand harter Kritik. Allerdings verfügen keine Politiker und keine Institution über eine Lösung des Problems, das nur langfristig und emotionslos behandelt werden kann. Die europäischen Mechanismen, die sich als ungeeignet erwiesen haben, zeigen auf, dass eine taugliche Führung derartiger Menschenströme nur kollektiv und koordiniert angegangen werden kann.

Quotenregelung?

Die Europäische Kommission – die europäische Exekutive – hat 2,4 Milliarden Euro über sechs Jahre als Hilfe für die europäischen Staaten bereitgestellt. Anfangs September hat die Kommission eine Idee vom Frühjahr 2015 wieder in Erwägung gezogen, die der Quotenregelung für die Mitgliedstaaten der EU – mit Ausnahme des Vereinigten Königreiches und Irlands. 160 000 Migranten sollen an Hand eines Verteilschlüssels, der die Bevölkerung, die wirtschaftliche Leistungs-

fähigkeit und die Aufnahmekapazität der Staaten berücksichtigt, aufgeteilt werden. Gleichzeitig sollen rasch «Hotspots» eingerichtet werden, Zentren zur Identifikation und Registration der Asylbewerber, die insbesondere die Flüchtlinge von irregulären Migranten trennen sollen, speziell in Griechenland und Italien.

Sofortmassnahmen

Zu diesen Sofortmassnahmen gesellen sich Vorschläge zur längerfristigen Bewältigung der Migrantenzugänge: vermehrte Unterstützung der diplomatischen Anstrengungen zur politischen Lösung der Konflikte in Syrien, im Irak und in Liby-



Zaun gegen Flüchtlinge in Ungarn.

Bild: t-online.de

en, die Schaffung eines treuhänderischen Fonds für Afrika, um mit struktureller Unterstützung die Wurzeln der Probleme anzupacken, die Verstärkung der Mittel der Agentur Frontex, der europäischen Zusammenarbeitsagentur für die Kontrolle der Aussengrenzen der Union, sowie eine effizientere Rückschaffungspolitik.

Gleichzeitig hat die Union im Mittelmeer eine militärische Mission im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) vorgesehen, um die Schieberbanden vor der Küste Libyens zu desorganisieren und zu neutralisieren. Die Operation sollte im Oktober einsatzbereit sein, allerdings fehlten bis Ende September nach wie vor die Zustimmung der libyschen Regierung oder eine Resolution der UNO. Das Mandat ist begrenzt auf die Neutralisierung der Schieber und schliesst die Übernahme von Migrantenbooten aus, obschon die Bestimmungen des internationalen Rechts jedem Schiff vorschreiben, Menschen in Gefahr zu unterstützen.

Kein System, und sei es noch so gut, wäre in der Lage gewesen, einem derartigen Zustrom von Migranten zu begegnen wie er in den vergangenen sieben Monaten erlebt wurde. Die Diskussionen um die Lehren aus der Krise werden die Ein-

stellung der europäischen Leader, aber auch der öffentlichen Meinungen offenbaren. Der Wille, die Abmachungen von Schengen und Dublin neu zu verhandeln, wird wahrscheinlich laut werden, auch wenn ihre Überarbeitung durch den Vertrag von Lissabon eingeschränkt wird. Paradoxal könnte aber auch ein Konsensus darüber aufkommen, dass es schlussendlich keine Alternative zur gesamteuropäischen Lösung gibt, für Herausforderungen, die von Haus aus keine Grenzen kennen und die durch einzelne Mauern und Einzellösungen nicht aufgehalten werden können. Eine solidarische Lösung ausserhalb eines kollektiven Systems wäre insbesondere für die geschwächten Staaten, wie etwa Griechenland, äusserst schwierig. Der Druck der öffentlichen Meinung sowie die Schwierigkeiten, die Flüchtlinge zu integrieren, vereinfachen allerdings eine rationale Vorgehensweise nicht unbedingt!

Fazit

In diesem Rahmen kann sich Europa vertiefte Überlegungen zu seiner eigenen Aussenpolitik nicht ersparen. Es geht um die Art und Weise, wie die Union mit einer aussenpolitischen Aktion, die sich aus Entwicklungshilfe und Sicherheitspolitik zusammensetzt, ihr Umfeld gestaltet, um derartigen Menschenbewegungen vorzubeugen, die ihr Heim verlassen, um ihr Leben zu retten. Diese Diskussion erstreckt sich auch auf die Frage der inneren und äusseren Sicherheit, die im Zentrum der Migrationskrise steht, aber in der EU ignoriert wird.

Das sind die, nebst anderen, zentralen Fragen der globalen Strategie der Union (European Global Strategy), die von der Hohen Vertreterin für Aussen- und Sicherheitspolitik erarbeitet wird und im Juni 2016 den Mitgliedstaaten unterbreitet werden sollte. ■

Dieser Beitrag stellt die alleinige Meinung des Autors, jedoch nicht die des «Institut d'Etudes de sécurité de l'Union européenne (EUISS)» oder der EU dar.

Aus dem Französischen übersetzt Sch



Thierry Tardy
Dr.
Analyste Senior
Institut d'Etudes
de sécurité de l'UE
75015 Paris

Das Wort des CdA



*Geschätzte Kader,
liebe Leserschaft*

Der Frühherbst stand im Zeichen der Volltruppenübung «CONEX», an der rund 5000 unserer Bürger in Uniform eingesetzt waren. In Zusammenarbeit mit den Kantonen und den Blaulichtorganisationen aus dem In- und Ausland haben wir einen grossen Teil des Einsatzspektrums der Armee trainiert. Wir halfen mit, Brände zu löschen und Verschüttete zu bergen, bauten Brücken und Camps, entlasteten in den Spitälern das Pflegepersonal, bewachten kritische Infrastrukturen in der Region und verstärkten den Grenzschutz, den Zoll sowie die Kantons- und Transportpolizei. «CONEX» machte klar, wie unsere Armee heute bei Konflikten, Krisen und Katastrophen umfassend gefordert ist. Die erbrachten Leistungen waren gut, ich bin wirklich stolz auf unsere Miliz.

Die teilweise geäusserte Kritik am Szenario darf uns nicht kümmern. Wir wissen nicht, was die Zukunft bringt. Und im Ernstfall haben wir keine zweite Chance. Also üben wir, auch wenn das nicht allen gefällt. Wenn man nun kritisiert, dass wir keine Verteidigung trainiert hätten, dann blendet man aus, dass jederzeit eine Eskalation stattfinden kann. In diesem Fall muss man robust kämpfen können, inklusive Infanterie. Und genau das ermöglicht uns die WEA.

Die Zusammenarbeit mit den Zivilen hat sich bewährt. Bewährt hat sich also auch die Ausbildung unserer Leute. Zusammen mit dem zivilen Know-how unserer Soldaten trägt das zum Erfolg bei. Für diejenigen, welche sich gegen solche Übungen wehren, habe ich überhaupt kein Verständnis. Ich danke dafür all jenen, welche festgestellt haben: «Hier übt man das Richtige». Es zeigt, dass sich unsere Armee aktuell ausrichtet. Und dass am Schlussdefilee in Zofingen mehrere tausend Zuschauerinnen und Zuschauer präsent waren, spricht ebenfalls Bände. Die eingesetzten Truppen haben diese Wertschätzung redlich verdient.

*Korpskommandant André Blattmann
Chef der Armee*